

Neuer Nationalismus Polen kann mit dieser Politik nur verlieren

Nach dem Wahlsieg der rechtskonservativen PiS entfremdet sich Polen immer stärker der EU und den europäischen Werten, kommentiert Dirk Birgel von den "Dresdner Neuesten Nachrichten". Dass sich die Regierung weigere, Flüchtlinge in der von der EU gewünschten Zahl aufzunehmen, komme vielleicht beim Wahlvolk gut an, sei aber schlicht eine Unverschämtheit.

Von Dirk Birgel, Chefredakteur Dresdner Neueste Nachrichten



Die polnische Ministerpräsidentin Beata Szydlo und PiS-Chef Jaroslaw Kaczynski (AFP / Janek Skarzynski)

"Der große Traum Polens hat sich nun erfüllt" - elfeinhalb Jahre ist es her, dass Polens damaliger Premierminister Leszek Miller diese bewegenden Worte sprach und kaum einer seiner knapp 40 Millionen Landsleute hätte ihm damals, am 1. Mai 2004 widersprochen. Es herrschte Begeisterung, ja teilweise Euphorie, bei unseren Nachbarn über den Beitritt zur Europäischen Union. 15 Jahre nach der politischen Wende war Polen endgültig in Europa angekommen als gleichberechtigter Partner von Deutschland, Frankreich und Großbritannien.

Und die Polen sollten diesen Schritt nicht bereuen. Mit dem EU-Beitritt ging es wirtschaftlich steil bergauf. Straßen, Schulen und Infrastruktur wurden dank der großzügigen Unterstützung der EU, und natürlich auch dank der eigenen Tatkraft saniert, die Wirtschaft wuchs, insbesondere in den westlichen Landesteilen. Das Bruttoinlandsprodukt hat sich seit dem Beitritt in etwa verdoppelt.

Umso mehr reibt man sich verwundert die Augen, wenn man dieser Tage nach Polen schaut. Dort regiert seit einem Monat die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit, kurz PiS. Unter der neuen Regierungschefin Beata Szydlo errang die PiS einen Erdrutschsieg und sicherte sich die absolute Mehrheit. Seither vergeht kaum ein Tag

ohne irgendeine antieuropäische Provokation. Gleich bei ihrer ersten Pressekonferenz ließ die neue Ministerpräsidentin die EU-Fahnen durch die polnische Nationalfahne ersetzen. Die sei eh schöner, gab sie zu Protokoll. Das mag man albern nennen, aber es war natürlich ein klares Zeichen der Abgrenzung: Seht her, das neue Polen ist in erster Linie ein souveräner Nationalstaat. Deutschland, die EU, aber auch Russland werden mit allergrößter Skepsis betrachtet.

Nun könnte man angesichts der tragischen Erfahrungen Polens mit Russland und Deutschland sagen: kein Wunder. Kein Land ist im zweiten Weltkrieg so zwischen diesen beiden Staaten zerrieben worden wie Polen. Was die Bevölkerung seinerzeit an Leid und Elend, Tod und Zerstörung erdulden musste, ist kaum in Worte zu fassen. Aber die jüngere Geschichte hätte Polen versöhnen müssen - zumindest mit der EU. Eingebettet in eine solche Gemeinschaft geht es den Polen heute besser als je zuvor, sind sie sicherheitspolitisch beschützter denn je.

Aber all das zählt heute im Bewusstsein der polnischen Bevölkerung, die die neue Regierung ja gewählt hat, offenbar wenig, ist vielleicht sogar zur Selbstverständlichkeit geronnen. Und es ist ja beileibe nicht nur in Polen so, dass der Nationalismus eine Renaissance erlebt. Man schaue nach Ungarn, wo Victor Orban, Vorbild der neuen polnischen Führung, seit Jahren die EU brüskiert, oder auch nach Frankreich. Selbst hierzulande erfreuen sich Parteien und Vereinigungen, die rechts der CDU stehen, regen Zuspruchs.

Das war zwar schon vor der Flüchtlingswelle so, hat aber durch diese erst richtig Schwung bekommen. Und so wundert es nicht, dass das neue Polen sich weigert, Flüchtlinge in der von der EU gewünschten Zahl aufzunehmen. Beim Wahlvolk mag das gut ankommen. Für einen Partnerstaat, der von der EU massiv profitiert hat, ist es schlicht eine Unverschämtheit. Europäische Union bedeutet nicht, dass man sich beim Festbankett den Bauch vollschlägt und anschließend mit einem lauten Rülpsen den Tisch verlässt. EU bedeutet, dass man Rechte und Pflichten teilt und Probleme gemeinsam löst. Das gilt insbesondere für die, die politische Verantwortung tragen.

Genau das aber ist von einer Partei wie der PiS nicht zu erwarten. Denn die Graue Eminenz der Partei ist ihr Mitbegründer, der frühere polnische Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski. Der ließ schon während seiner Amtszeit 2006 bis 2007 kaum eine Gelegenheit aus, seine europäischen Partner zu provozieren. Ohne Kaczynskis Segen läuft in Polen nichts. Und gegen ihn schon gar nichts. Insofern kann man sicher lange philosophieren, für wen der Sieg der PiS schlimmer ist: für Europa oder Polen? Dort jedenfalls räumt die neue Regierung mächtig auf. Die Geheimdienstchefs sind allesamt entlassen und durch eigene Leute ersetzt. Fünf erst jüngst berufenen Verfassungsrichtern droht dasselbe, weshalb Verfassungsrechtler von einem fundamentalen Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit und Unabhängigkeit der Justiz sprechen. Parallel soll auch kritischen Journalisten und ausländischen Zeitungsverlagen das Leben schwer gemacht werden. Lupenreine Demokratie sieht anders aus.

Elfeinhalb Jahre nach dem Beitritt ist Offenheit jedenfalls Engstirnigkeit gewichen, haben Skepsis und Misstrauen die Begeisterung abgelöst. Polen entfremdet sich von der EU mit Riesenschritten, stellt Solidarität und fundamentale Werte zur Disposition. Das mag kurzfristig im eigenen Lande Punkte bringen, langfristig kann Polen mit dieser Politik nur verlieren.

Quelle: Kommentar Deutschlandfunk, 28.11.2015